

Wer bezahlt die Krise/n?

Die oberen 3% schwimmen im Geld! Der Gesellschaft fehlt es für das, was sozial und ökologisch dringend angegangen werden muss!

Wie in einem Brennglas wird durch Corona sichtbar und verschärft, was sich schon davor sozial an krisenhaften Entwicklungen angestaut hat:

Krankes Gesundheitssystem, Pflegenotstand, immer weniger bezahlbares Wohnen, Bildungsnotstand, Handlungsfähigkeit der Kommunen weggespart, kommunale Infrastruktur auf Verschleiß, Einkommensentwicklung gespalten: Verluste besonders bei Niedrigeinkommen, Zunahme von Armut, zunehmende Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft.

Parallel drohen eine Klimakatastrophe und nicht mehr umkehrbare Umweltzerstörungen als Folge einer Wirtschafts- und Lebensweise, die Natur und Umwelt vorrangig als Ausbeutungsobjekt sieht und nicht als unsere Lebensgrundlagen achtet.

Wir brauchen eine sozial-ökologische Wende und eine gerechte Gesellschaft für Alle jetzt!



Um welche Finanzbedarfe geht es?

1. Bedarfe in ausgewählten sozialen Bereichen

Grundsicherung

Bedarfsgerechte Grundsicherung (Hartz IV-Satz) von mindestens 600 €):

→ Jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf: 10 Milliarden €

Kindergrundsicherung (Grundlegender Bedarf der Kinder für ihre Entwicklung – BVerfG-Kriterien und zusammengefasste Kindergrundsicherung):

→ Jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf: 16 - 22 Milliarden € ¹

Gesundheit und Pflege

→ Krankenhäuser (Investitionsstau 45 Mrd. € – Abbau über 5–7 Jahre): 7 Mrd. €

→ Pflegepersonal Krankenhaus (80.000 Pfleger*innen fehlen):

Mindestens 5 Mrd. €

→ Altenpflege (120.000 Pfleger*innen fehlen – 220.000 bis 2030): 7 Mrd. €

→ Jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf: 19 Milliarden € ²

Bildung (Kindertagesstätten, Allgemeinbildende Schulen, Berufliche Bildung, Hochschulen, Weiterbildung)

Personalpuffer, Inklusion, kleinere Klassen/Gruppen, Senkung Pflichtstundenzahl, Ganztags-schulangebot, Netz von Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen, Hochschul-investitionen, fair bezahltes Hochschul- und Weiterbildungspersonal ...

→ Jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf: 54 Milliarden € ³

Wohnen

Mindestförderprogramm für 80.000 Sozialwohnungen jährlich (6,5 Mrd. €)

+ 60.000 preisgedämpfte (3 Mrd. €)

+ Fördermittel zur (energetischen) Sanierung und Modernisierung (10 Mrd. €)

→ Jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf: 19,5 Milliarden € ⁴

Rente

Versicherungsfremde Leistungen, die eigentlich aus Steuern finanziert werden müssen:

→ Jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf: rund 40 Milliarden € ⁵

1 Quellen: Paritätischer Gesamtverband 2018; Bündnis Kindergrundsicherung 2017

2 Quellen: ver.di-Studie 2018, Deutsche Krankenhausgesellschaft, AOK-Pflegereport 2019

3 Quelle: GEW-Gutachten „Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand“ - Februar 2016

4 Quellen: Deutscher Mieterbund 2020; Verbändebündnis „Sozialer Wohnungsbau“ 2019

5 Quelle: Aktion demokratische Gemeinschaft – aktuelle Zusammenstellung vom 03.07.

2. Kommunen

Kommunale Infrastruktur: Investitionsrückstand für die kommunale Infrastruktur im gesamten Bundesgebiet 2019 150 Mrd. €. Schwerpunkte: Schulen / Erwachsenenbildung, Straßen / Verkehrsinfrastruktur, Verwaltungsgebäude, Wasserver- / entsorgung

→ **Jährlich zusätzlicher Finanzbedarf 15 – 20 Milliarden €**

Fehlendes Personal (allg. Verwaltung, Ausländerbehörden, Bauämter, Jugendämter, Ordnungsämter, Sozialämter / Soziale Arbeit, Feuerwehren, Kita) – zusätzlicher Personalbedarf laut Schätzung Beamtenbund und ver.di insgesamt fast 140.000.

→ **Jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf: 9 Milliarden €⁶**

3. Ökologischer Umbau (Verkehrs- und Energiewende)

ÖPNV (Verdoppelung, Ausbau, Modernisierung, Personal)

→ **Jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf: 12 Milliarden €**

Bahn (Bahninfrastruktur, Neu- und Ausbau, neue Fahrzeuge, Personal)

→ **Jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf: 12 Milliarden € mindestens**

Kostenanteil des Staates für die Dekarbonisierung

→ **Jährlicher zusätzlicher Finanzbedarf: 12 Milliarden €⁷**

Insgesamt

Mindestens 100 bis 120 Milliarden € sind jährlich zusätzlich sozial und ökologisch an staatlichen Einnahmen nötig, um das zu finanzieren, was sozial und ökologisch angegangen werden muss!

4. Was durch Corona dazu kommt

Die Staatsschulden (Bund, Länder, Kommunen) betragen vor Corona insgesamt rund 2,1 Billionen €. Durch die über Schulden finanzierten Coronamaßnahmen kommen 2020, 2021 und 2022 insgesamt rund 650 Milliarden € hinzu.

Hinzu kommt noch, was Bund und Länder durch Staatsgarantien für Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen ggf. zahlen müssen.

→ **Absehbare Staatsschulden 2022 insgesamt: 2,7 Billionen € + ???⁸**

6 Quellen: Kommunalpaneel des KfW 2020, dbb und ver.di (Tarifunion): Studie „Personalmangel im öffentlichen Dienst 2020

7 Quellen: Mobilité-Studie Bündnis 90 / Die Grünen 2020, EVG-Positionspapier 2019; Studie Institut der deutschen Wirtschaft und Hans-Böckler-Stiftung 2019

8 Quelle: Bundesfinanzministerium

Das Geld dazu ist da!

1. In Form des in den letzten 20 Jahren in nie dagewesener Weise gestiegenen privaten Reichtums durch Umverteilung von unten nach oben

Das Nettoprivatvermögen in Deutschland beträgt (Stand: 22.06.2021) **14,2 Billionen €**

Das reichste Prozent besitzt davon 35 % = **5 Billionen €**

Die reichsten 10 Prozent besitzen davon 67 % = **9,5 Billionen €**

Das in Steueroasen versteckte Vermögen ist darin nicht enthalten! ⁹

Privater Reichtum ist immer privat angeeigneter Teil der gesellschaftlich produzierten Wertschöpfung. Insbesondere die oberen 1 bis 3 Prozent haben sich einen immer größeren Anteil angeeignet – zustande gekommen durch eine vor allem seit 20 Jahren sich verstärkende Umverteilung von unten nach oben durch

Umverteilung von den Löhnen zu Gewinnen (seit 2000):

Die Durchschnittseinkommen pro Arbeitnehmer*in nahmen seit 2000 bis 2019 um rd. 18 Prozent zu. Das Bruttoinlandsprodukt (Indikator für die gesellschaftliche Wertschöpfung) stieg in der gleichen Zeit real um rund 28 Prozent.

→ Seit 2000 wurden summiert über **1,5 Billionen €** zugunsten der Gewinne umverteilt! ¹⁰

Umverteilung durch eine Steuerpolitik zugunsten der Unternehmen und Reichen

Die Steuerreformen zugunsten der Unternehmen und Reichen seit 1998 bis 2010 (SPD / Grüne, CDU / SPD, CDU / FDP) bedeuten, dass **seit 2000 summiert rund 700 Milliarden €** zu deren Gunsten umverteilt wurden, die Bund, Land und Kommunen weniger an Steuereinnahmen haben. ¹¹

Umverteilung durch Privatisierung in der Daseinsvorsorge

→ Wohnen: Über die Mietsteigerungen (Wohnungskonzerne, Investoren)

→ Rente: Kürzungen bei gesetzl. Rente + Öffnung für kapitalgedeckte private „Vorsorge“ (Versicherungskonzerne)

→ Gesundheit: Gewinnfinanzierung der Gesundheitskonzerne über Krankenversicherung Staat + private Zuzahlungen

2. Was dem Staat durch systematische Steuerhinterziehung, Steuerbetrug, -umgehung und aggressive Steuerplanung durch Konzerne, Investoren und Reiche an Einnahmen verloren geht:

Laut einer Studie für die sozialdemokratische S&D-Fraktion im EU-Parlament (Januar 2019) geht es Einnahmeverluste in der EU in Höhe von

→ **875 Milliarden Euro pro Jahr in der gesamten EU**

→ **132 Milliarden Euro auf Deutschland runtergerechnet**

Die Deutsche Steuergewerkschaft schätzte 2019 den Einnahmeverlust allein durch Steuerhinterziehung auf **50 Milliarden € jährlich**. ¹²

9 Quelle: www.vermögenssteuerjetzt.de

10 Quelle: Blickpunkt WiSo – Schaubilder

11 Quelle: ver.di Abt. Wirtschaftspolitik

12 Quellen: Studie „The European Tax GAP 2019“ a report for Socialists and Democrats Group in the European Parliament und Deutsche Steuergewerkschaft, Interview 24.04.2019

Ein gerechtes Land geht anders!

Es geht um eine am Gemeinwohl orientierte Steuerpolitik jetzt!

Die Steuerpolitik gemeinwohlorientiert und gerecht an folgenden Grundsätzen ausrichten:

Die Steuereinnahmen müssen ausreichen, um die notwendigen staatlichen Aufgaben, vor allem die der Daseinsvorsorge und öffentlichen Infrastruktur, den notwendigen sozial-ökologischen Umbau und der Kosten der Coronamaßnahmen zu finanzieren.

Das Steuersystem muss gerecht sein:

- Gering- und Durchschnittsverdiener entlasten
- Vermögende und Reiche progressiv besteuern
- Höhe der Unternehmenssteuern an der Finanzierung der von ihnen genutzten öffentlichen Infrastruktur ausrichten

Steuerhinterziehung, -flucht und -umgehung durch Konzerne und Reiche verfolgen und stoppen
– Steueroasen austrocknen!

Die Profiteure der Umverteilung müssen ihren Teil zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, des sozial-ökologischen Umbaus und der Kosten der Coronamaßnahmen tragen.

Um diese Forderungen geht es:

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer als (Multi-)Millionärssteuer
- Höhere Erbschaftssteuer ohne Begünstigung von reicher Unternehmenserben
- Kapitalerträge gerecht besteuern – Abschaffung der Abgeltungssteuer von 25%
- Unternehmensgewinne wieder höher statt 15% mit 25 – 30 % besteuern
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53 %
- Ökologisch schädliche Subventionen abschaffen und für ökologischen Umbau verwenden
- Steuerflucht / -hinterziehung konsequent verfolgen – Steueroasen austrocknen
- Besserer Steuervollzug durch Stärkung der Finanzverwaltung
- Einführung einer Transaktionssteuer für Finanztransaktionen in allen spekulationsanfälligen Bereichen
- Einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung der Coronaschulden

**REICH — UM
UMVERTEILEN**

Bündnis Reichtum umverteilen
Netzwerk NRW
Stand 10.07.2021